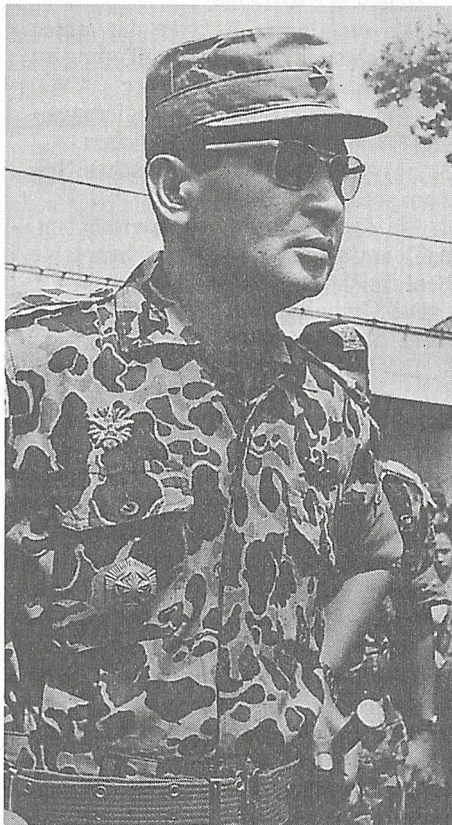


Indonesien, Suharto und die westdeutschen Massenmedien

Deutsch-indonesische Beziehungen vor 25 Jahren

"... Paradiesische Insel der Götter, Insel der vollendeten Harmonie. Eine Atmosphäre, die zum Träumen einlädt. Das Flattern der Vögel, eine Nacht in den Tropen ..." So soll sich nach den Reiseprospekten der durchschnittliche Westdeutsche Indonesien vorstellen. Auf etwas höhere Ansprüche zugeschnitten, wird dieses Indonesienbild der tropischen Inseln und Tempeltänzerinnen von der *Deutsch-Indonesischen Gesellschaft (DIG)* gefördert. Die DIG, mit Zweigstellen in Braunschweig und Köln, die sich als "nicht-politischer" Verein betrachtet, definiert in ihrer Satzung "die Förderung der menschlichen Verständigung zwischen Deutschen und Indonesiern"¹⁾ als ihre Zielsetzung. Stellvertretender Vorsitzender der DIG Braunschweig ist *Oberstadtdirektor Dr. Weber (SPD)*, schon verschiedene Male als Besucher in Indonesien und Initiator der Städtepartnerschaft zwischen Braunschweig und Bandung. Die Ansichten des Dr. Weber sind für die *Meinungsbildung des Auswärtigen Amtes* über die indonesische Politik schwerwiegend, ja sogar maßgebend. Seine Briefe werden vom AA gerne als Referenzmaterial verwendet, denn er gilt für das AA als "Sachkenner, der sich von Anfang an mit der Materie beschäftigt hat ..." ²⁾ So bescheinigt der hartnäckige Bewunderer Suhartos dem Regime: "... Noch nie hat Indonesien eine Regierung gehabt, die so liberal eingestellt und so um die Sicherung des Friedens bemüht ist." Weiterhin: "... Indonesien hat keine Militärdiktatur."³⁾ (Sic!) Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß zu den Empfängern der DIG öfters prominente Vertreter der Finanzwelt und Industrie, wie z.B. von der Deutschen Bank, Thyssen und Krupp eingeladen werden.

Die meinungsbildende Wirkung von Institutionen wie der DIG geht weit bis in die Sukarno-Ära zurück. Sie führte zu einer einseitigen Berichterstattung der Massenmedien, die damals den Präsidenten Sukarno zum bloßen machthungrigen Frauenhelden abqualifizierte und die wirren Geschehnisse, wie den Putschversuch linksnationalistischer Offiziere vom September 1965, die Machtübernahme General Suhartos und die anschließende grausame Ermordung von mehr als einer halben Million Indonesiern nur unzulänglich und irreführend dokumentierte. So berichtet der SPIEGEL in Widerspruch zu den Tatsachen über



Generalmajor Suharto im Oktober 1965 aus: O.G. Roeder, *The Smiling General*, Jakarta 1970, n. S. 196

die Vorgänge von 1965 lakonisch: "Vor sechs Jahren hatten die Chinesen einen kommunistischen Putsch in Indonesien angestachelt"⁴⁾

Daß damals bei jenem "kommunistischen Putschversuch" (Dr. Weber) der *BND aktiv in die Verfolgung von Militärgegnern eingriff*, konnte bis vor kurzem erfolgreich verheimlicht werden. "Der Bundesnachrichtendienst ... unterstützte Indonesiens militärischen Nachrichtendienst 1965 mit Maschinenpistolen, Funkgeräten und Geld (Gesamtwert: 300.000 DM) bei der Niederwerfung eines Linksputsches in Jakarta ..." ⁵⁾ Nicht nur die Lieferung sowjetischer Gewehre und finnischer Munition: "Ein Kommando von BND-Männern bildete (außerdem, d.V.) in Indonesien militärische Geheimdienstler aus und löste die von der antiamerikanischen Propaganda hart bedrängten Kollegen des CIA ab ..." ⁶⁾ Über die darauf folgende Massakrierung von Regimegegnern und unbewaffneten Bürgern schwieg bekanntlich die gesamte westliche Presse. Erst am 9. Mai 1966 berichtete DER SPIEGEL zaghaft etwas über antikommunistische Massaker in Indone-

sien. Nachträglich werden diese Vorgänge als "bedauerliche Vorkommnisse in den bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen" interpretiert, in denen als Folge von vorherigem "kommunistischen Terror"⁷⁾ "Hunderttausende Parteigänger Pekings massakriert wurden"⁸⁾. Erst nach vielen Jahren erscheint im *HANDELSBLATT* ein Bericht über die *Konzentrationslager* und die *100.000 politischen Häftlinge* des Regimes.⁹⁾ Meldungen über die Folterung und Ermordung politischer Häftlinge sind selbstverständlich "unwahr" und "entsprechen nicht den Tatsachen" (Dr. Weber).

Ein Höhepunkt der verlogenen Berichterstattung über das faschistische Regime Indonesiens wurde während des *Suhartobesuchs* in der BRD im September 1970 erreicht. Es war die Rede vom "Sohn eines landlosen Bauern", der "über Nacht ... zum Präsidenten avancierte ..." Der neue Präsident Indonesiens ist "nüchtern, pragmatisch" und ganz auf die politische Konsolidierung und wirtschaftliche Rehabilitierung seines Landes eingeschworen.¹⁰⁾

Der Protest gegen den Staatsbesuch wird als eine Aktion einzelner desinformierter Studenten und Professoren abgetan. Jedoch Schlagzeilen wie "SUHARTO HINTER DICHEM POLIZEIKORDON - POLIZISTEN RÄUMTEN FÜR SUHARTO DIE STRASSEN FREI - HUBSCHRAUBER BRINGT SUHARTO IN SICHERHEIT" waren in jener Zeit öfters zu lesen. Der außerordentliche Aufwand und die vielen Sicherheitsvorkehrungen lassen im Gegensatz zu Meldungen über Suhartos Verdienste um Indonesien große Zweifel an dem von höheren Orts so gern gewünschten Suhartobild aufkommen. Einige Kratzer, die jene Demonstrationen im September 1970 möglicherweise dem Image des Regimes zugefügt haben mögen, führen nach dem Besuch zu einigen regelrechten Propagandabeiträgen in Fernsehen und Presse. Höhepunkt dieses Suhartokults bildet das ZDF-Programm vom 30.3.1971 "Ein General und 3000 Inseln", in dem mehr als eine Stunde lang über den "sympathischen" und "vom Volk geliebten" Führer Suharto berichtet wird.

Ohne großen Aufwand aber finden seit 1966 *Besuche zwischen den BRD und Indonesien* statt, die kaum Schlagzeilen machen, dafür aber wesentlich mehr Gewicht haben für die Beziehungen beider Staaten. Von indonesischer Seite waren alle wichtigen Ressorts vertreten durch Außenminister Adam Malik, Wirtschaftsminister Soemitro, Dr. R. Prawiro (Bank of Indonesia), Prof. Sadli und Prof. W. Nitisastro (Nationales Planungsamt), Sultan H. Buwono (Finanzminister), A.M. Tambuan (Sozialminister). Von deutscher Seite waren nicht nur offizielle Stellen vertreten, wie das AA (Scheel), BMZ (Eppler), weiterhin auch die Parlamentarier wie Gerstenmaier (CDU), W.L. Kiep (CDU), W. Klemm

(CDU), Berkhan (SPD), sondern auch Repräsentanten der Bundeswehr wie General de Maizière und Landespolitiker wie H. Koschnik (Bremen), Dr. Weber (Braunschweig), Senator K. Eggers und Ministerpräsident H. Kühn (NRW). Unternehmerverbände beteiligten sich u.a. durch Dr. Losacker (Deutsches Industrieinstitut) und Alexander Menne (Vorstand des BDI, Hoechstwerke).

Der bedeutendste Besucher ist ohne Zweifel Dr. H.J. Abs. Wie DIE ZEIT berichtet, bekommen "offizielle Indonesier (...) glänzende Augen ...", wenn sein Name bloß erwähnt wird. "Schon die Möglichkeit eines solchen Besuches läßt die Indonesier hoffen, daß auch endlich deutsches Kapital nach Indonesien fließen wird." Denn "... auf der Grundlage eines Abs-Gutachtens wurden Indonesiens Schulden umgeschuldet, die Bundesrepublik ging allen Gläubigern (Indonesiens) mit gutem Beispiel voran ..." (11) Das Hoffen auf Abs scheint gerechtfertigt angesichts der Tatsache, daß der mächtige Vorstandssprecher der Deutschen Bank im Aufsichtsrat von folgenden am Indonesiengeschäft interessierten Firmen sitzt: Shell, Siemens, Daimler-Benz, KHD, BASF, Lufthansa, Phoenix Gummi und Deutsch-Asiatische Bank. Inwieweit die Informationspolitik

der westdeutschen Massenmedien über Indonesien, in der ständig die Rede ist von "wirtschaftlicher Stabilität", "klug gelenkter Wirtschaftspolitik" und "Indonesiens unbegrenzten Reichtümern", mit den Interessen oben angelegter Wirtschaftskreise zusammenhängt, zeigen folgende Vorfälle: Aufgrund einiger Sendungen westdeutscher Rundfunkanstalten im letzten Jahr, in denen die politische Lage in Indonesien und die Rolle verschiedener Interessengruppen der BRD in diesem Lande kritisch beleuchtet wurde, erfolgten regelrechte Interventionsmaßnahmen der erwähnten Gruppen. Es wurde ein Fall bekannt, in dem H. J. Abs einem bekannten Rundfunkintendanten sogar den Rechtsweg androhte, falls die Sendung nicht dementiert und keine Gelegenheit zur Gegendarstellung geboten würde. Unnötig zu erwähnen, daß der mächtige Bankier Gelegenheit zur Richtigstellung bekam, deren Dauer die der umstrittenen Sendung um ein sechsfaches übertraf.

An der "konzentrierten Aktion", die Massenmedien von Indonesien-kritischen Sendungen freizuhalten, beteiligte sich sogar der DGB-Hauptvorstand. Über seinen Vertreter bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Jarkarta, W. Böhm (Reserveoffizier, ehemaliges Ostbüro der

SPD), ebenfalls ein hartnäckiger Bewunderer des Suharto-Regimes, wurde versucht, einer Analyse über die Lage Indonesiens in einer gewerkschaftseigenen Zeitschrift entgegenzuwirken. Ob diese Bemühungen zur darauffolgenden Entlassung des zuständigen Hauptredakteurs geführt haben, ist bis heute noch nicht geklärt worden.

Arbeitskollektiv BRD

Der Artikel erschien erstmalig in der Südostasien Korrespondenz Nr. 2, Juli 1971, S. 9-11.

Anmerkungen:

- 1) Satzung der DIG Köln 1954
- 2) Brief des AA an den AK Indonesien Köln vom 12.2.1970
- 3) Brief von Dr. Weber an Amnesty International vom 10.3.1969
- 4) Der Spiegel vom 7.6.1971, S. 102
- 5) H. Zolling und H. Höne, "Pullach intern, die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes" in: Der Spiegel, Folge vom 3.3.1971, S. 68
- 6) ebenda, Folge vom 31.5.1971, S. 110
- 7) Brief von Dr. Weber an Amnesty International vom 10.3.1969
- 8) Der Spiegel vom 7.6.1971, S. 102
- 9) Vgl. Handelsblatt vom 23.1.1970
- 10) Vgl. Berichterstattung der bürgerlichen Presse zum Suharto-Besuch
- 11) Die Zeit vom 4.6.1971

Vorgestellt: Sri Bintang Pamungkas

Am 29. August 1996 bestätigte das Verwaltungsgericht Jakarta in zweiter Instanz das Urteil vom Mai gegen Dr. Sri Bintang Pamungkas, dem damit in Kürze eine 34-monatige Haftstrafe droht. Das Urteil blieb damit nur wenig unter dem von Staatsanwalt Sitinjak geforderten Strafmaß von vier Jahren.

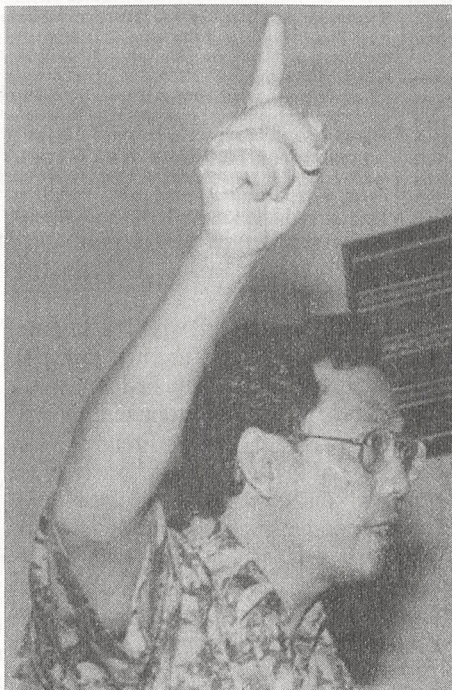
Zugestellt wurde das Verwaltungsgerichtsurteil, daß das Datum vom 24. Oktober trägt, Dr. Pamungkas erst im November nach Abschluß des Staatsbesuchs von Bundeskanzler Kohl, der sich vom 26. bis 28. Oktober in Indonesien befand.

Der Prozeß gegen Dr. Sri Bintang Pamungkas, der im In- und Ausland mit großem Interesse verfolgt wurde, verletzte grundlegende Regeln der Rechtsstaatlichkeit. So waren Belastungszeugen auf Kosten der Staatsanwaltschaft aus Berlin eingeflogen worden, während das Erscheinen von Entlastungszeugen massiv behindert wurde und in einem Fall sogar erst nach Rücksprache mit dem indonesischen Außenminister Ali Alatas möglich war.

Der Prozeß wurde dabei über Monate hinweg von Demonstrationen gewaltbereiter Jugendlicher begleitet, die die Verurteilung Dr. Pamungkas forderten, während der Gerichtssaal die große Anzahl an Unterstützern nicht fassen konnte.

Der frühere Parlamentsabgeordnete der Vereinigten Entwicklungspartei (PPP) war angeklagt worden, während eines

Vortrages an der TU Berlin am 9. April 1995 "beleidigende Äußerungen gegen das Staatsoberhaupt Präsident Suharto" gemacht zu haben. Weitere Vorwürfe der Anklagebehörde, Dr. Pamungkas habe an zwei, parallel zur Hannovermesse, bei der Indonesien im letzten Jahr Partnerland war, stattfindenden Demonstrationen in Deutschland mitgewirkt, hatten



Sri Bintang Pamungkas aus: FK v. 30.3.95, S. 92

sich dagegen als nicht haltbar erwiesen.

Der couragierte ehemalige Parlamentarier war in den obersten indonesischen Kreisen schon früher unangenehm aufgefallen. So hatte er z.B. im Mai 1994, auf dem Höhepunkt eines Skandals über den Mißbrauch von Staatsbankkrediten durch 37 große Konglomerate, in einem Vortrag eine Firma angeprangert, die über den indonesischen Informationsminister Harmoko auch eng mit der Suharto-Familie verbunden ist. Der Fall war damals nicht weiterverfolgt worden.

Nur drei Wochen nach seiner Verurteilung in erster Instanz, im Mai 1996, und nach seinem Ausschluß aus dem Parlament gründete Dr. Pamungkas eine eigene politische Partei, die Vereinigte Demokratische Partei Indonesiens (PUDI), um die seit Anfang der 70er Jahre auf drei zugelassene Parteien beschränkte Parteienlandschaft aufzubrechen und damit ein deutliches Zeichen zu setzen.

Am vergangenen 10. Oktober erklärte er sich außerdem zum Präsidentschaftskandidaten, um gegen die fortdauernde Alleinkandidatur Präsident Suhartos zu protestieren.

Michaela Müller

Die Autorin hat Südostasienwissenschaften studiert und macht zur Zeit den Aufbaustudiengang Internationale Humanitäre Hilfe in Bochum.